

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.  
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Bahnhöfen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.  
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

... Der Gedanke, daß der einzelne im wirtschaftlichen Kampfe machtlos ist, gegen Schäden, die in seinem Erwerbszweige bestehen und entstehen, anzukämpfen, hat immer mehr dazu geführt, daß sich Gleichinteressierte zusammenschließen, um geschlossen mit größerer Stoßkraft das zu erreichen, was der einzelne nicht vermag. Es zeigte sich, daß ein vernunftgemäßes, gemeinsames Zusammenarbeiten von Berufsgenossen zu wirtschaftlicher Stärkung und Gesundung aller führt. . . .

Rundschreiben des Verbandes der Zelluloid-Industriellen im Jahre 1917.

### Steuern — Löhne.

Jeder Haushaltungsvorstand muß darauf bedacht sein, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu erhalten. Uebersteigen die Ausgaben regelmäßig die Einnahmen, so schließt man daraus auf eine ungesunde, unter Umständen auch auf eine leichtsinnige Wirtschaft, dessen Folge der Zusammenbruch ist. Um einen solchen zu vermeiden, müssen beizeiten die Ausgaben vermindert oder die Einnahmen erhöht werden, oder es muß beides zugleich geschehen. Lassen sich die unbedingt notwendigen Ausgaben nicht einschränken, so gilt es Umschau zu halten nach erhöhten Einnahmen. In dieser Lage befindet sich gegenwärtig das Deutsche Reich. In einer dem Reichstage zugegangenen Vorlage werden drei Milliarden neuer Steuern nach altem System angefordert. Der größte Teil dieser Summe soll wieder auf dem Wege der indirekten Besteuerung aufgebracht werden. Am stärksten sollen Bier und Branntwein belastet werden. Aber auch alkoholfreie Getränke bleiben nicht verschont. Desgleichen Kaffee, Tee, Kakao. Wein und Schaumwein kommen ja für die Arbeiterschaft weniger in Betracht. Vor der Getränkesteuer gibt es also kein Entkommen. Außerdem werden wir beglückt mit einer Umsatzsteuer, mit erhöhten Postgebühren usw. Ein ganz ansehnliches indirektes Bußgeld. Mit den Steuern selbst wollen wir uns hier nicht befassen, sondern nur mit ihren Wirkungen.

Direkte Steuern lassen sich entsprechend dem Einkommen abstimmen, indirekte dagegen nicht. Deshalb wirken indirekte Steuern immer progressiv nach unten, weil ihr Betrag gleich ist, sowohl für den Besitzen wie für den Nichtbesitzenden. Beide bezahlen für Kaffee, Tee, Bier, Briefporto usw. denselben Preis. Deshalb ergeben zum Beispiel 100 Mark indirekte Steuern bei einem Jahreseinkommen von 3000 Mark 3,3 Prozent, bei 100.000 Mark Einkommen nur 0,1 Prozent. Im ersten Falle beträgt die Steuer auf je 100 Mark Einkommen 3,30 Mark, im zweiten Falle nur 10 Pf.

Der Haushaltungsvorstand des Deutschen Reiches hat sich also nach höheren Einnahmen umgesehen, weil er bestimmte Ausgaben nicht mehr einschränken kann. Seine Einnahmen nimmt er vom Steuerzahler. Der hauptsächlichste Steuerzahler ist und war von jeher der Konsument, oder besser die große Masse der Konsumenten. Erhöhte Steuern bedeuten aber für die Konsumenten erhöhte Ausgaben, die zum Einkommen nicht mehr im richtigen Verhältnis stehen. Es muß also ein Ausgleich geschaffen werden. Für die Arbeiterschaft gibt es da nur eine Möglichkeit, die Einnahmen zu erhöhen. Sie muß versuchen, die Lohnhöhe nach oben zu bringen.

Nun kündigen die Unternehmer seit längerer Zeit den Abbau der Löhne nach dem Kriege an, obwohl die Arbeiterschaft mit den heutigen Löhnen gar nicht imstande ist, sich das zu beschaffen, was sie für den Augenblick nötig hätte. Ganz abgesehen davon, daß Kleider, Schuhe, Wäsche usw. bis auf Lumpen aufgebraucht und doch auch wieder einmal erneuert werden müssen.

Vielleicht könnte eingeworfen werden, nach dem Kriegsende werde eine Senkung der Preise für alle Bedarfsartikel eintreten. Das ist zunächst recht zweifelhaft. Aber selbst wenn die Tagespreise für die am meisten konsumierten Bedarfsartikel etwas heruntergehen sollten, steht noch nicht fest, ob die Senkung den Betrag der neuen Steuern ausmacht. Aber auch wenn das der Fall sein sollte, müßten die erreichten Lohnhöhungen im allgemeinen erhalten bleiben, sonst übertragen die Ausgaben immer noch die Einnahmen. Denn es wird Jahre bedürfen, um im Haushalt anzuschaffen, was seit Jahren in Rückstand gekommen ist. Erfolgt eine Preisenkung überhaupt nicht, so ist die Arbeiterschaft gezwungen, mindestens um den Betrag der neuen Steuern neue Einnahmen in erhöhten Löhnen zu suchen. Würden sich diesem Bestreben unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, so wäre die Folge der Zusammenbruch im Haushalt, aber auch körperliche Degeneration der Familienglieder. Einer Verarmung der arbeitenden Bevölkerung würde aber auch der moralische Zusammenbruch folgen. Als Massenercheinung könnten diese Folgen recht bedauerliche Wirkungen ausüben.

Es muß das Bestreben der Arbeiterschaft sein, die nachteiligen Begleiterscheinungen der neuen Steuern und deren Einfluß auf den Arbeiterhaushalt möglichst abzumildern. Das kann aber nur durch genügend hohe Löhne geschehen. Gewiß werden bei dem Ringen um einen größeren Anteil am Arbeitsvertrag die Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufeinanderprallen. Sie werden selbst in den durch das Arbeitsstammengesetz vorgezeichneten Einigungsämtern zum Ausdruck kommen. Doch die Dinge werden ihren Lauf nehmen unter dem ehernen Zwange der Notwendigkeit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse fungieren als motorische Kraft für alle Geschäfte. Will die Arbeiterschaft bei der Neugefaltung des Bestehenden nicht den Kürzeren ziehen, dann ist erste Vorbedingung Ausbau der Organisationen, damit sie als gute Wehr und Waffe tauglich sind. Nur dadurch, daß die Arbeiterschaft versucht, mit Hilfe der Organisation die Arbeitskraft möglichst hoch

zu verkaufen, kann die teilweise Abwälzung der Steuern und deren nachteiligen Folgen erreicht werden. Auch die Unternehmer werden ihrerseits wieder abwälzen durch Erhöhung der Verkaufspreise für ihre Produkte. So wird allmählich erreicht, daß die Steuern nicht absolut und in erster Linie die Existenz der Arbeiterschaft allzu nachteilig beeinflussen, sondern daß die Verteilung der Steuern auf breiterer Basis erfolgt, als das bei Inkrafttreten der Fall sein wird. Vorerst hoffen wir jedoch bestimmt, daß der Arbeiterschaft der Existenzkampf schon dadurch erleichtert wird, daß die jetzige Steuervorlage eine wesentliche Abänderung erfährt, d. h. daß die indirekte Besteuerung nicht in dem vorgeesehenen Maße Gesetz wird.

### Gegen gleiches Recht.

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Dieser Satz gehört zu den Grundregeln der Geschichtsauffassung, die Karl Marx uns gegeben hat. Obige Regel erklärt auch erschoßend die Stellung der jetzigen Majorität im Preussischen Landtag zur Wahlrechtsvorlage, die wiederum gipfelt im gleichen Wahlrecht.

Am 2. Mai hat das Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung mit 235 gegen 183 Stimmen das gleiche Wahlrecht abgelehnt. In einer zweiten namentlichen Abstimmung wurde der Kommissionsbeschluss, der das Pluralwahlrecht nach Besitz, Bildung und Alter enthält, mit 222 gegen 183 Stimmen angenommen.

Das gesellschaftliche Sein der Landtagsmajorität hat ihr Bewußtsein bestimmt, d. h. die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Angehörigen der Majorität leben, erklären ihre Stellung zum gleichen Wahlrecht. Sie fürchten um die Schwächung ihres Einkommens. Solange sie die Gesetzgebungsmacht selbst in der Hand haben, können sie nach Belieben regulieren und dirigieren. Das hat auch der konservative Führer v. Seydewitz in der Sitzung vom 1. Mai offen ausgesprochen, als er erklärte: „Das steuerliche Rückgrat unseres ganzen Staatshaushalts sind die direkten Steuern auf den Besitz, und nun wollen Sie die Besitzlosen über die Steuern entscheiden lassen, die die Besitzenden zahlen sollen?“ Nach Seydewitz und seinen Freunden ist es richtiger, daß sie auch fernerhin die Frage allein entscheiden, wie viel sie bezahlen wollen und wie viel die Arbeiter zahlen sollen. Die Herren vergessen aber, daß sie nur eine kleine Minderheit der preussischen Staatsbürger vertreten, während seither die große Masse derselben völlig einflußlos blieb. Daß dieser Zustand auf die Dauer und insbesondere nach den Kriegserfahrungen nicht mehr haltbar ist, unterliegt keinem Zweifel. Das hat die preussische Regierung einschließlich der Krone auch eingesehen. Sie weiß, daß der Umwandlungsprozeß im Staatswesen demokratische Bahnen weist. Sie muß wissen, daß dieser Prozeß durch den Krieg beschleunigt werden wird. Es sei erinnert an die Worte, die der frühere Reichszentraler Bethmann-Hollweg in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 14. März 1917 sprach: „Behe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“ Ein Nichterkennen dieser Zeichen wäre es aber, wollte die Regierung vor den Wahlrechtsgegnern zurückweichen. Sie kann unmöglich „Sicherungen“ gegen die Wirkungen des gleichen Wahlrechts zugestehen, wodurch das alte Unrecht in neuer Form aufrechterhalten würde. Es würde sich bitter rächen, dem überlebten Herrenhaus das Übergewicht über den Landtag zu geben. Das Herrenhaus ist so wenig oder noch weniger ein Volksvertretung, wie der jetzige Landtag. Recht unangenehme Folgen könnte auch die Festlegung einer Zweidrittelmehrheit in Fragen der Verfassungsänderung haben. Die Arbeiterschaft würde in solchen und ähnlichen Manövern eine Dämonierung erleben. Dazu darf es nicht kommen, jetzt schon gar nicht. Der Abgeordnete Kardorff hat der Wahrheit die Ehre gegeben, als er sagte: „Wir alle wissen, daß die große Masse der Bevölkerung in den großen Städten unter Not und Entbehrungen sehr schwer leidet, daß Not und Entbehrungen sie viel härter anfaßt als uns auf dem Lande. Wie sollen Not und Entbehrungen weiter von der großen Masse getragen werden im vierten und bis ins fünfte Kriegsjahr hinein, wenn eine politische Atmosphäre herrscht, die mit Hof geschwängert ist?“

Eine kleine Gruppe von Politikern, die auch nur eine verhältnismäßig kleine Zahl Wähler hinter sich weiß, hat es trotzdem gewagt, einem Volke, das bereits vier Jahre blutet, duldet und leidet, das gleiche Recht vorzuenthalten. Der Ablehnung hätte die Auflösung des Landtages auf dem Fuße folgen müssen. Weil dieser Fall nicht eingetreten ist, wünschen wir der Regierung von Herzen, es möge ihr gelingen, das bei der Arbeiterschaft erwachte Mißtrauen wieder zu beseitigen. Das kann aber nur geschehen durch eine Tat, nicht durch Worte.

### Der Verband nach 44 Kriegsmonaten.

Die Zahl der Neuaufnahmen ist im Monat März wieder höher als im Vormonat. Sie ist von 4186 auf 4648 gestiegen. Allerdings hat sich auch die Zahl der Ausgeschiedenen etwas erhöht. Der verbliebene Gewinn war im Monat Februar 1827 Mitglieder, im Monat März 2125. Am höchsten ist stets der Abgang der weiblichen Mitglieder. Das Gesamtergebnis für Monat März ist zwar bei uns in den zwei vorhergehenden Monaten, könnte aber bei intensiver Agitation in sämtlichen Bahnhöfen nach besser sein. Darüber klagen auch die meisten Jahresberichte der Gauleiter, daß einige Bahnhöfeleitungen nicht aus ihrer Vergesslichkeit herauszubringen sind.

An der Berichterstattung für den Monat März haben sich 437 Bahnhöfe beteiligt. Für diese zusammen ergibt sich folgendes Resultat: In den berichtenden Bahnhöfen waren vor-

	Am 1. August 1914	Am 31. März 1918
männliche Mitglieder am Orte	171 015	72 372
im Herberden		103 665
weibliche Mitglieder am Orte	25 728	39 410
<b>Zusammen</b>	<b>196 743</b>	<b>211 847</b>

Wir hatten am 31. März in den berichtenden Bahnhöfen 112 892 Mitglieder. Zählt man die zum Seeresdienst erzogenen Kollegen hinzu, so ergibt sich ein Bestand von 215 847. Das ist ein Mehr von 18 409. Als gefallen oder gestorben sind 10 047 gemeldet. Ueber die Mitgliederbewegung in den berichtenden Bahnhöfen gibt die folgende Tabelle Aufschluß. Sie umfaßt allerdings nur die berichtenden Bahnhöfe, deren Zusammenfassung und Zahl gegen Monat eine andere ist. Bei der Betrachtung der Monatsergebnisse ist also die angegebene Tatsache zu berücksichtigen. Aber als Maßstab für die Entwicklung des Verbandes genügen die Zahlen. Seit Januar 1917 ergeben sich in den einzelnen Berichtsmonaten diese Zahlen:

Monat	Mitglieder aufgenommen			Mitglieder abgehend		
	m.	w.	ges.	m.	w.	ges.
Januar 1917	824	1 463	2 287	359	435	794
Februar	1 361	1 622	2 978	463	519	973
März	1 509	1 441	3 050	680	497	1 177
April	1 482	2 597	4 079	423	657	1 080
Mai	1 595	2 632	4 227	555	794	1 349
Juni	2 167	2 744	4 911	692	1 119	1 811
Juli	1 692	3 378	5 070	547	1 451	2 008
August	2 055	3 466	5 521	604	1 337	1 941
September	2 331	3 276	5 607	843	1 395	2 238
Oktober	1 819	2 462	4 281	636	1 168	1 804
November	2 010	3 160	5 170	597	1 456	2 053
Dezember	2 300	3 080	5 380	1 149	1 848	2 997
Januar 1918	1 390	1 754	3 144	616	1 185	1 801
Februar 1918	1 876	2 310	4 186	831	1 518	2 359
Januar 1917 bis Jan. 1918	22 633	33 125	55 758	8164	13 862	22 026
Januar 1918	2 064	2 584	4 648	1 089	1 434	2 523
Januar 1917 bis März 1918	26 573	38 019	64 592	10 048	16 824	27 910

Die Zahl der Arbeitslosen ist weiter zurückgegangen. Sie betrug in allen berichtenden Bahnhöfen 219. Kranke waren 1886 vorhanden. An Arbeitslose wurde im Monat März die Summe von 3785 M. ausbezahlt, an Kranke 67 576 M.

### Der Arbeiter als Feldsoldat.

Ueber die Bewährung des Industriearbeiters als Feldsoldat äußert sich Oberst Alois Belk in der „Deutschnationalen Rundschau“. Seine Betrachtungen zeugen von einer erfreulichen Vorurteilslosigkeit und sind auch rein sachlich für die Arbeiterschaft durchaus lehrenswert. Wir geben sie deshalb (nach der „Frankf. Volksstimme“) hier wieder. (Ausdrücklich sei jedoch betont, daß wir durchaus nicht in allen Punkten mit dem Verfasser einer Meinung sind, vor allem nicht in der Bewertung jener Eigenschaften, die man kriegerische Tugenden oder ähnlich nennt.)

„Es soll eine Bevölkerungsgruppe an der Hand vorliegender Erfahrungen hinsichtlich ihrer Leistungen als Soldaten betrachtet werden: die Klasse der zur militärischen Dienstleistung herangezogenen Industriearbeiter, eine Männergruppe, deren Verhalten ganz besonders charakteristisch für die Fähigkeit zur Einfügung aller, auch besonders gearteter Staatsbürger, in die absolute militärische Einheit ist. In den Industriearbeitern ist bekanntermaßen das Klassenbewußtsein und das Streben nach politischer Freiheit am allerstärksten ausgeprägt, und gerade bei ihnen wurde die militärische Ordnung der stärksten Kraftprobe ausgesetzt, weil es, auch in voller Voraussetzung ihrer Bereitwilligkeit, darauf ankam, eine entscheidende, eingreifende, seelische Veränderung herbeizuführen, und weil die ins Werk zu setzende Erziehung zum Soldaten hier in gewissen Gegensatz geriet zu einer andern Erziehung, die sie vorher im organisierten Volkstum erhalten hatten. Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß der Wille zur Hingabe aller Kräfte an die Sache des Vaterlandes in der kritischen Zeit der Kriegserklärungen alle andern Stimmen zum Schweigen gebracht hat. Nichtsdestoweniger war es immerhin möglich, daß dieser aus dem Gefühl kommende allgemeine Wille bloß eine nicht zu tief gehende Stimmung, eine Disposition erzeugte, die in die Tat







Vorjahr erheblich steigern konnte. Der erforderliche Rohgumm...

Table with 6 columns: (30. September), 1913, 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Vortrag, Warengewinn, etc.

Die Bilanz verzeichnet die Grundstücke mit 1,35 Millionen...

Stillelegung der Kaffeeröstereien.

Mit der Einstellung unseres überseeischen Handels infolge der Kriegs...

Margarinerzeugung in England.

In England sind alle Getreide, Getreide und pflanzliche Öle in...

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Lehrerzulagen zum Krankengeld.

Nach einer Verordnung des Bundesrats vom 22. November 1917...

Inzwischen haben auch sehr viele größere Krankenkassen ent...

Ein sehr zweckmäßiges Verfahren hat die Ortskrankenkasse Halle...

Sozialpolitik für Belgien.

Ein Vertreter des Reichsversicherungsamtes hat längere Zeit in...

Berichte aus den Zastellen.

Offen. Unglaubliche Zustände herrschen bei der Firma Hedenroth...

Gotha. Am 6. April abgehaltene Mitgliederversammlung kam...

Die heutige Mitgliederversammlung feht sich veranlaßt, unse...

Hamburg. In einer von der Zentralvereinskommission einberufenen...

Die der Konferenz zur Entschlingung vorgelegten Forderungen...

1. Erhöhung der Einstellungs- und bestehenden Stundenlöhne für...

- 3. Berechnung und Erhöhung der Alfordpreise in der Weise, daß...
- 4. Einführung von Arbeiter-Ausgleichs-... die aus der Mitte der...
- 5. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden bzw. 54 Stunden...
- 6. Befreiung und an anderer Stelle in der Arbeitsordnung oder...

Die Konferenz stimmte den Vorschlägen der Forderungen einstimmig...

Harburg. In der am Dienstag, dem 30. April, abgehaltenen Mit...

Küppelberg. Die Monatsversammlung der Zastelle fand am...

Dann machte der Vorsitzende noch die Mitteilung, daß die Zastelle...

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Jubiläum des Buchbinder-Verbandes. Am 1. Mai waren 25 Jahre verflossen...



brach auf 32 381 Mitglieder angewachsen. Der Krieg brachte auch ihm eine starke Erleichterung, doch hat er seinen tiefsten Stand bereits überwinden; er zählte am Schluss des ersten Quartals wieder 20 371 Mitglieder. Seit 25 Jahren gehören dem Verband 339 Mitglieder, darunter zwei weibliche, an, die im Verbandsorgan namentlich aufgeführt wurden.

Im Dachdecker-Verband

wurde über die Neuregelung der Beiträge auf den Gantagen entschieden. Sämtliche Gantage haben sich einstimmig dahin entschieden, daß der Wochenbeitrag auf die Höhe eines Stundenverdienstes festgelegt wird. Die neuen Beiträge werden vom 25. Mai an erhoben.

Im Fleischer-Verband

hat sich eine Konferenz der Gauleiter und der Vertreter großer Jagdstellen für die Erhöhung der Beiträge und der Unterstellungen ausgesprochen. Der Verbandsvorstand unterbreitet nunmehr den Mitgliedern eine Vorlage zur Urabstimmung, nach welcher Staffelpreise eingeführt werden sollen. Es sind fünf Beitragssklassen vorgesehen mit einem Wochenbeitrag von 30 Pf. bis 1 M.

Im Schneider-Verband

ist im Jahre 1917 die Zahl der männlichen Mitglieder zwar von 13 326 auf 12 547 zurückgegangen, wobei aber zu beachten ist, daß mehr als 2200 im Laufe des Jahres eingezogen wurden. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 7972 auf 12 923. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl von 21 298 auf 25 470. Die Einnahmen der Verbandskasse betragen 451 081 M., die Ausgaben 505 642, so daß der Kassenbestand von 971 511 M. auf 916 642 M. sank.

Ein Reichstaxi für die Schuhindustrie.

Schon seit einiger Zeit besteht ein Reichstaxi für Arbeiter auf Militärschuhwerk; nunmehr ist auch ein Reichstaxi für Zivilschuhwerk zwischen den beteiligten Organisationen abgeschlossen worden, der am 1. Mai 1918 in Kraft getreten ist und bis zum 30. April 1920 gilt. Der Tarif setzt die Arbeitszeit auf höchstens 54 Stunden fest. Für die Löhne sind fünf Klassen gebildet, und außerdem richtet sich der Lohn nach dem Lebensalter der Arbeiter. Der Wochenverdienst der Arbeiter muß ein mindestens 20 Prozent, der der weiblichen Arbeiter ein mindestens 10 Prozent höher sein als der Mindestlohn der ihrer Altersstufe und Klasse. Zu den Löhnen kommt eine Kriegszulage von 20 Prozent und eine Teuerungszulage, die je nach dem Alter 1,50 M. bis 4 M. pro Woche beträgt. Außerdem wird für jedes Kind bis zu 15 Jahren ein Zuschlag von 1 M. wöchentlich gezahlt. Die Ortszulage in den höheren Klassen betragen 5 bzw. 10, 15 und 20 Prozent des Grundlohnes, der für die unerste Klasse gilt. Die Lieferung der Futurwaren (Zutaten) ist durch den Vertrag einer Neuordnung unterzogen. Weiter enthält der Vertrag Bestimmungen zur Einschränkung der Heimarbeit. Vorgezogen ist die Einsetzung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungskommissionen sowie einer Zentralarbeitskommission.

Der Löhnerverband im Jahre 1917.

Die Einnahmen haben mit den Ausgaben im Berichtsjahre nicht gleichen Schritt gehalten. Der Jahresüberschuss von 112 014 M. steht eine Mehrausgabe von 139 912 M. gegenüber, so daß eine Mehrausgabe von 27 898 M. entstanden ist. Diese Mehrausgabe ist auch in diesem Jahre in der Hauptsache zurückzuführen auf die besonderen Unterstellungen an Kriegsschuhwerk und deren Familien. Für außerordentliche Unterstellungen (Kriegs-, Weihnachts- und Ausgeleitenerunterstützung) wurden während der Kriegszeit bis zum Jahreschluss 1917 169 085 M. verausgabt. Trotz dieser Mehrausgaben betrug der Verbandskassenstand am Schlusse des letzten Geschäftsjahres immer noch 277 930 M.

Am Schlusse des Geschäftsjahres betrug der Mitgliederbestand 2875. Zum Jahresende wurden bei Kriegsausbruch insgesamt 6615 Mitglieder entlassen, wovon am Jahreschluss 1917 759 als gefallen oder verstorben gemeldet waren. Dies ist natürlich nicht die Gesamtsumme, da 40 Jahrgänge eingezogen sind, aus denen die Meldungen zumeist unterlassen wurden.

Recht beachtlich sind die Lohnbewegungen, die der Verband im Jahre 1917 geführt hat. Es gelang, in 8 Orten mit 15 Betrieben und 232 Beschäftigten verbündete Löhne abzuschließen mit einer durchschnittlichen Wochenlohnsteigerung für alle Beteiligten von 20,32 M. Die Teuerungszulagen, die jetzt noch von allen Verbandsmitgliedern, vielfach mit Unterstützung des Hauptverbandes und der noch vorhandenen Gauleiter, erreicht werden, ergeben insgesamt Kriegszulagen für 211 Orte mit 711 Personen und 1891 Beschäftigten. Der Wochenverdienst für alle Beteiligten wurde dadurch um 21 065 M. erhöht.

Die Verbandsleitung fordert die Mitglieder an, endlich und überall den Verdienst und zwar entsprechend die Beiträge zu erhöhen, wodurch schon jetzt ein lebhaft gehendes Verhältnis in den Verbandsbeziehungen und -ausgaben geschaffen werden könnte.

Ausland.

Die landwirtschaftlichen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Die gewerkschaftlichen Landeszentrale der drei landwirtschaftlichen Verbände haben im vergangenen Jahre einen sehr großen Aufschwung zu verzeichnen. In Schweden stieg die Anzahl der Mitglieder von 140 812 auf 186 116. Das ist eine Zunahme von 33 304 oder 23,6 Prozent. Der schwedische Gewerkschaftsverband Dänemarks erholte seine Mitgliederzahl von 150 322 auf 179 284, darunter 28 776 Frauen. Die dänische Zentralgewerkschaft hat 23 Verbände mit zusammen 1671 Gewerkschaftsmitgliedern, davon 208 weiblich.

Die gewerkschaftliche Landeszentrale Norwegens hat einen Zuwachs von 11 416 Mitgliedern. Die schwedische Zentralgewerkschaft stieg von 79 000 auf 93 000. Dies der großen Zahl der Lohnbewegungen — 559 mit insgesamt über 6 000 Arbeitern — drängen nur auf 3000 Arbeiter in 11 Jahren zur Arbeitsbeschaffung zu gehen.

Das Streikrecht in Amerika aufgehoben.

Nach Wählungen der amerikanischen Präsidentschaft hat der Senat mit 4 gegen 3 Stimmen beschlossen, daß ein Streikrecht der amerikanischen Arbeiter für die Dauer des Krieges nicht anerkannt sei. Damit wird natürlich zunächst das Recht der Arbeitsbeschaffung für alle Arbeiter, also nicht nur der amerikanischen, aufgehoben.

Rundscha.

Die Dienstpflicht der jungen Soldaten.

Die Kriegsdienstpflicht wird jeder Deutsche mit der Festschreibung des 17. Jahres vollzogen. Die Dienstpflicht beginnt mit dem 1. Januar des Jahres, in dem der Wehrpflichtige das volljährige Lebensalter vollendet. Im Verlauf des Krieges sind aus Grund der Kriegsdienstpflicht die Wehrpflichtigen eingezogen worden, die nach nicht militärischen Kriterien waren. Es handelt sich um die Wehrpflichtigen, die im Krieg geübte Dienste nicht ausüben können. Diese jungen Soldaten sind im Krieg geübte Dienste nicht ausüben können. Diese jungen Soldaten sind im Krieg geübte Dienste nicht ausüben können.

Die Kriegsdienstpflicht wird auf 12 Monate verlängert. Der alte Wehrpflichtige wird eingezogen, die neue Wehrpflichtigen werden eingezogen. Die Wehrpflichtigen werden eingezogen, die neue Wehrpflichtigen werden eingezogen.

Die Wehrpflichtigen werden eingezogen, die neue Wehrpflichtigen werden eingezogen. Die Wehrpflichtigen werden eingezogen, die neue Wehrpflichtigen werden eingezogen.

bürgerlichen Verhältnissen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen in Betracht kommt. Soweit sie noch nicht in militärischen Verhältnissen sind, müssen sie nach den gesetzlichen Bestimmungen nach Auflösung des Landsturms entlassen werden, dürfen jedoch im Einzelfalle mit Zustimmung ihrer gesetzlichen Vertreter im Dienst zur Erfüllung des Restes ihrer aktiven Dienstzeit verbleiben. Entlassene Landsturmpflichtige unterliegen mit Eintritt in das militärische Alter der Aushebung durch die Ersatzbehörden im geregelten Verfahren. Im Falle der Aushebung werden diese Leute zur Erfüllung des Restes ihrer aktiven Dienstzeit herangezogen.

Zurückbeziehung von Personen des Wehraltersstandes, die ihnen als Übung rechnet, kommt lediglich nach Maßgabe des militärischen Bedürfnisses auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes vom April 1905 Art. II § 1 in Betracht.

Der Artikel II § 1 des angezogenen Gesetzes lautet: Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des Artikels I, letzter Absatz, zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Die hier gemeinten Mannschaften sind solche, die ihre zwei resp. dreijährige Dienstzeit beendet haben. Die Sache liegt also so: Mannschaften, die beim Ersatzgeschäft im Frieden dem Landsturm überwiesen worden oder zu ihm aus der Ersatzreserve oder Marine-Ersatzreserve übergetreten sind und dann eingezogen wurden, ferner alle Mannschaften, die bei den D.-U.-Musterungen ausgehoben wurden, werden gemäß § 33 des Gesetzes vom 11. Februar 1888 mit der Auflösung des Landsturms entlassen, ebenso der gediente Landsturm. Leute, die bei der Demobilisierung das zwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden, wenn sie nicht freiwillig bei der Truppe bleiben wollen, gleichfalls entlassen. Werden sie dann später, im Frieden, bei dem ordentlichen Ersatzgeschäft ihres Jahrganges ausgehoben, dann wird ihnen die im Krieg geleistete Dienstzeit angerechnet. Wer also eine Kriegsdienstzeit auf alle Fälle voll auf die Pflichtdienstzeit angerechnet wird, Kriegsjahre zählen aber in diesen Fällen nicht doppelt. Immerhin aber kann und wird vermutlich auch der Fall eintreten, daß Leute, die ihre aktive Dienstzeit vollendet haben, noch einige Jahre im Dienste zurückbehalten werden. Die Dauer dieser Zurückbeziehung, die vornehmlich die jüngeren Jahrgänge betreffen kann, zählt dann als militärische Übung.

Sie bleiben die Alten.

In Nr. 17 des „Proletariats“ haben wir kürzlich über eine Tagung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände berichtet und mitgeteilt, daß der Geschäftsführer Dr. Länger sich in der Frage der Kriegsbefähigtenfürsorge gegen das Verlangen eines gesetzlichen Zwanges zur Einstellung von kriegsbefähigten Arbeitern und Angehörigen gewendet. Wie notwendig aber ein solcher Zwang ist, ergibt sich aus einer Bekanntgabe in Nr. 30 des „Kriegsamt“, die wie folgt lautet:

Es ist verschiedentlich die Beobachtung gemacht worden, daß Betriebe, denen die vom Feststellungsausschuß festgesetzte Zahl von Hilfsdienstpflichtigen nicht genügt, alsbald die bei ihnen beschäftigten kriegsbefähigten entlassen, um so die Zahl der von ihnen beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen auf das vom Feststellungsausschuß verlangte Maß zu mindern. Es steht außer Frage, daß das Bestreben der Unternehmer, auf diese Art ihre Betriebe nur mit voll leistungsfähigen Hilfsdienstpflichtigen zu besetzen, den Zielen der Kriegsbefähigtenfürsorge zuwiderläuft.

Im Bereiche eines Feststellungsausschusses ist zwecks Vermeidung beratiger Vorkommnisse in der Weisung verfahren worden, daß in jeder einzelnen Entscheidung einmal die Höchstzahl der zulässigen Hilfsdienstpflichtigen bestimmt, daneben aber bemerkt wird, daß außerdem noch eine Zahl Schwerbeschädigter in diesen Betrieben Verwendung finden kann. In solchen Fällen war also folgender Ausdruck des Feststellungsausschusses zu treffen: „Dem Betriebe wird gestattet, (3. B. 30) Schwerbeschädigte, d. h. Kriegsbefähigte mit 50 v. H. oder mehr Militärrang, eingestellt werden.“

Den Kriegsbefähigten ist hiervon Mitteilung gemacht worden mit dem Ergebnis, die Feststellungsausschüsse entsprechend zu verständigen. In gleicher Weise wie die Schwerbeschädigten konnten auch die Empfänger von Invaliden- und Unfallrenten besonders berücksichtigt werden; letztere allerdings nur, wenn sie eine Rente von 50 v. H. oder mehr bezögen.

Die Unternehmerpreise sind ja nun liegen, es handle sich um Ausnahmefälle; aber solche Ausnahmefälle werden immer zahlreicher. Bei der zu erwartenden großen Zahl Kriegsbefähigter, die unter allen Umständen wieder in Arbeit und Brot gebracht werden müssen, sollen sie mit ihren Familien nicht der Not und dem Elend anheimfallen, genügt keine platonische Erklärung der Unternehmer, sie müssen vielmehr gesetzlich verpflichtet werden, einen bestimmten Prozentsatz ihres Arbeiterbedarfs aus den Reihen der Kriegsbefähigten zu entnehmen.

„Die Arbeitsfremden.“

Der § 153 der Gewerbeordnung war in seiner Wirkung zweifellos ein Ausnahmestück gegen die organisierte Arbeiterschaft. Diese Tatsache ist sogar angegeben in der Begründung der Regierungsvorlage für die Aufhebung dieses Paragraphen. Nur wer das Gemeinwohlgefühl der Arbeiter nicht kennt, mit andern Worten, wer mit der kämpfenden Arbeiterschaft nicht solidarisch steht, kann das Gegenteil behaupten. Wenn die Unternehmer gegen die Bezeichnung des § 153 Lutrum kaufen, so ist das erklärlich, erstens einmal deshalb, weil sie in Lohnfragen den Arbeitern entgegenstehende Interessen vertreten, zweitens auch aus dem Grunde, weil für sie die Bestimmungen des § 153 gar nicht in Frage kommen. Dem Arbeiter bedeutet für sie unter Umständen wirtschaftliche Vorteile. Wenn aber Arbeiter gegen die Aufhebung dieses Ausnahmestückes Stellung nehmen, so ist das einig unverständlich. Die selben gehören zu diesen jenseitigen Leuten. Die rückständig ihre Meinung ist, ergibt sich daraus, daß sie ein halbes Jahrhundert zurückgehen müssen, um ihren Standpunkt einen Schein von Berechtigung zu geben. Sie verneinen die Begründung der Regierungsvorlage bei Schaffung des Paragraphen und auf die Ausführungen des national-liberalen Abgeordneten Lasker im Jahre 1869.

Nur wer nicht die Abjucht hat, mit den Arbeitern gemeinsame Sache bei Lohnfragen zu machen, kann also das Streikverbot des § 153 wünschenswert finden. Die gelbe Presse nimmt sich dieser Leute an, leicht begreiflichen Grundes an, wenn sie aber nicht beim alten Namen, sondern hat für sie der sogenannten „Arbeitsfremden“ erstanden, und erklärt, diese seien nunmehr vogelfrei. Wir sind der festen Überzeugung, wenn schon bisher die Bezeichnung Streikbrecher oder Arbeitsfremder einen schlechten Klang hatte, so wird die Bezeichnung „Arbeitsfremde“ das gleiche Schicksal haben. Das hier übrigens weniger an der Bezeichnung selbst; es ist vielmehr der Inhalt, der einer bösen Tat anhaftet. Indem, Not und Entbehrung hat noch nie besondere Arbeitsfremden ausgeübt, besonders wenn man weiß, daß die eigene Arbeit den Reichtum anderer vermehrt.

Stirblichkeit und Bevölkerungszuwachs.

Unter dieses Thema möchte Genosse Silberstein nicht bemerken, was er in einem Vortrage über die Wohnungfrage, den er in einer Versammlung der Jahnstraße Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Sozialarbeiter hielt. Danach blieben wir während des Krieges von Soldaten fast verhöhnt. Jedoch forderte die Ruhr 1917 etwa 10 000 Opfer. Verhängnisvoller sind die jenseitigen Wirkungen des Hungers und der Entbehrungen sowie jenseitige Erleichterungen. Besonders alte Leute seien diesen Gefahren ausgesetzt und jenseitigen Anforderungen zum Opfer. In Berlin werden von Januar bis August 1917: 10 818 Personen über 60 Jahre gemeldet 6900 der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Verstorbenen unter 60 Jahren stieg von 11 000 auf 13 500. Nimmt man an, daß im Laufe dieser Zeit eine ähnliche war, so sind in 50 Kriegsjahren eine Viertelmillion Zivilpersonen mehr verstorben als in den letzten Friedensmonaten. Dazu kommen noch anderthalb Millionen Todesfälle von deutschen Heeresangehörigen. Das sind 1 1/2 Millionen vorzeitig beendeter Menschenleben! Trotzdem können wir der Zukunft noch mit einiger Zuversicht entgegenblicken, wenn der Krieg nicht auch die Entsehung neuer Menschenleben verhindern hätte. Schon vor dem Kriege stand das Deutsche Reich im Zeichen des Geburtenrückganges. 1890—1908 betrug die Zahl der

Geburten rund 2 Millionen pro Jahr. 1914 nur noch 1 820 000, 1915: 1 446 000, 1916: 1 103 000, 1917: 1 026 100. Die Zahl der Geburten ist also um ein Drittel gesunken. Es sind also in den ersten vierzig Kriegsmoaten 2 Millionen Menschen weniger geboren als in den gleichen Friedensmonaten. Während wir im Frieden einen Geburtenüberschuss von 2,7 Millionen hatten, übertrifft jetzt die Sterbefälle die Geburten um mindestens 700 000. Dieses Mißverhältnis nimmt mit der Dauer des Krieges progressiv fortgesetzt zu. Damit wird auch der Wiederaufbau ein ganz andrer. 1904 hatten wir 6 Millionen Kinder unter 4 Jahren, 1918 3 Millionen. Das weibliche Lebengewicht in der Zusammensetzung der Bevölkerung wird sich von 21% auf 7 bis 8 Prozent steigern. Unsere Bevölkerung wird also einerseits wesentlich älter und andererseits mehr weiblicher sein, was natürlich auch auf die Leistungsfähigkeit einen großen Einfluß hat. Zur Wiedergewinnung des Volkstörpers muß also auf Verminderung der Sterbefälle sowie Vermehrung der Geburten hingewirkt werden. Um das erstere zu erzielen, muß die Volkshygiene stärker eingesetzt und neben den vielen Forderungen auf Inkraftsetzung der Arbeiterchutzgesetze insbesondere auch der Wohnungsfrage größere Bedeutung beigemessen werden.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist fobes das 5. Heft vom 2. Bande des 36. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Karl Marx. (Geboren am 5. Mai 1818, gestorben am 14. März 1883). — Marx und die große französische Revolution. Von Hermann Wendel. — Der Friede und die Villafranca. Von Karl Marx. Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. — Unter dem Strich der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Von Ernst Drahn. — Literarische Rundschau: M. Beer, Karl Marx. Sein Leben und seine Lehre. Hermann Müller, Sekretär des Zentralarbeitssekretariats zu Berlin. Marx und die Gewerkschaften. Von Heinrich Cunow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,90 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. F. Bloch, (Geschäftsstelle: Berlin W 35, Potsdamer Straße 121) haben fobes das 10. und 11. Heft ihres 24. Jahrganges als Doppelheft erscheinen lassen. Es ist dem 100. Geburtstag Karl Marx gewidmet. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Marx, von Dr. Konrad Schmidt. Marx und die Marginalen, von Max Schippel. Marx' deutsche Politik und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, von Dr. Ludwig Quessel, Mitglied des Reichstags. Die ethische Triebkraft in Marx, von Dr. Hugo Lindemann, Mitglied des Württembergischen Landtags. Wie kann Kapitalismus zum Sozialismus kommen? Ein nachgelassener Brief von Karl Marx. Marxismus und Demokratie, von Heinrich Reus, Mitglied des Reichstags. Zur Marxfeier, von Wilhelm Bloch, Mitglied des Reichstags. Was bedeutet Marx für den Geist unserer Bewegung?, von Walfrid Jepsen. Marx und die Jungen, von Dr. Otto Köster. Karl Marx Lebensweg, von Dr. Gustav Mayer. Marx und die Sozialpolitik, von Dr. Max Ducas, Mitglied des Reichstags. Marx und die Wirtschaftspolitik, von Julius Kallik. Marx und die sozialistische Bewegung, von Karl Seering. Marx und die Gewerkschaftsbewegung, von Wilhelm Bud, Mitglied des Reichstags. Marx als Geschichtswissenschaftler, von Dr. Alfred Keller. Marx' Sprachkunst, von Dr. Max Huchdorf. Marx' Kolonialtheorie, von Hermann Kranold. Die Toten: Wilhelm Kolb, Emil Döblin, Diederich Hajn, Franz Webedind und andres mehr.

Das Heft enthält ein Porträt von Karl Marx, gezeichnet von John Hejert. Der Preis dieses Doppelheftes beträgt 1,20 M. (sonst 60 Pf.), der Preis eines Vierteljahresabonnements 3,60 M. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteurs, durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Verbandsnachrichten.

Vom 30. April 1918 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Zeitz 150.—, Melbör i. S. 141,62, Kobach 72,66, Pforzheim 70,10, Schorndorf 33,78, Quedlinburg 41,92, Schmiedeburg (Bez. S.) 11,65, Schöningen 4.—, Darmstadt 303,60, Jitau 266,83, Mülgen 6 v. 100,34, Martfeldwisch 38,18, Zülligau 21,50, Gießen 14,89, Grimma 4.—, Brandenburg a. d. S. 432.—, Göttingen 62,63, Ostersheim 24,94, Oldenburg i. Gr. 1200.—, Königsberg i. Pr. 22,50, Mülser 30.—, Friedrichshald 185,11, Gölitz 18.—, Burg a. Zehm. 10,36, Hannover 4313,85, Karlsruhe 87,62, Bremerhaven 22,50, Kobach 155,11, Ojersleben 119,50, Hülfen 80,87, Aue i. Erzgeb. 300.—, Eilenberg (P.) 44,51, P. L.—, 20.—.

Die Abrechnung für das 1. Quartal 1918 haben eingekandt: Quedlinburg, Schöningen, Müden, Schmiedeburg, Ojershausen, Göttingen, Ostersheim, Heilberg, Melbör, Kaiserslautern, Boizenburg, Frankfurt a. M., Hagau, Köslin, Mülgen b. C., Heilbronn, Darmstadt, Freiburg, Pforzheim, Wangen, Mannheim, Ojersleben, Friedrichshald, Hannover, Brandenburg, Offenbach, Jossen, Bremerhaven, Kobach, Hülfen.

Schlus: Montag, den 6. März, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Beyerlingen —,80, Esterwerda —,75, Wotms 4,60, Stuttgart 54,75, Vordahled 1,40, Jossen 1,10, Singen 5,30.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Nach-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
641 751	Willy Rathenow	2. 10. 1885	8. 5. 1911	Berlin
434 896	Walter Rindbier	27. 2. 1892	24. 8. 1910	Braunschweig
556 079	Minna Wigeroth	18. 6. 1896	12. 9. 1912	Braunschweig
623 956	Albit Nobis	16. 10. 1867	11. 6. 1910	Essen
632 281	Andreas Lange	18. 4. 1862	12. 6. 1916	Magdeburg
565 906	Franz Tümpel	24. 5. 1863	13. 4. 1913	Martinsdorf
603 828	Johann Stahl	11. 12. 1868	23. 5. 1914	München
494 545	Anton Florenca	17. 8. 1869	22. 1. 1907	Strasbourg i. E.
567 822	Albert Schmidt	23. 9. 1880	1. 12. 1912	Wedel
				Breslau
496 557	Katharina Deumlich	16. 9. 1904	31. 1. 1918	
435 395	Joseph Art	30. 7. 1868	20. 8. 1917	Görlitz
480 810	Glia Worthmann	14. 5. 1901	10. 11. 1917	Hamburg
446 396	Amanda Nagel	7. 3. 1901	13. 6. 1917	Hamburg
468 145	Johann Scholl	26. 5. 1867	7. 9. 1917	Heilbronn
465 420	Luise Borchardt	20. 1. 1895	16. 9. 1917	Hannover
439 690	Jakob Beyermeier	16. 7. 1873	24. 4. 1917	Hauptstadt
409 634	Frieda Wodnet	—	7. 10. 1917	Mülheim
478 370	Luise Zimmermann	—	7. 11. 1917	Mülheim
477 886	Martha Auer	26. 7. 1867	1. 1. 1918	München
437 846	Verta Rehger	12. 5. 1896	3. 7. 1917	Stuttgart

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Siegis. Künle eingezogen. Max Bohrijß, Walterstraße 1.

Wiesing i. Mecklenburg. Gau 4. B. Barthelt, Wallstraße 6.

Reudam. Thomas Friller, Schönebergstraße 215/1.

Reudam. Schilling eingezogen. Gustav Gille, Karlstraße 9a.

Rosen. Frau Emma Witt, Stubenrauchstraße 4.